

Gesellschaft

Politik als Kunst des Möglichen:
Winfried Kretschmann im
Interview ➤ [Seite 42](#)

Die Wut der Frauen

Kinderbetreuung, Pflege, Rente: Die Reformpläne der Regierung treffen vor allem auch Frauen. Hier erzählen fünf von ihnen, wie sich die Vorhaben auf ihr Leben auswirken könnten.

Protokolle von Ann-Kathrin Eckardt, Carolin Fries, Kyriaki Linoxylaki und Kiara Roller

Ein „Gesamtkunstwerk“ soll es sein, das Reformpaket der Bundesregierung. Sagt zumindest Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD). Viele Sozialverbände aber kritisieren die derzeit kursierenden Reformpläne heftig. Sie sähen Kürzungen oft genau an den Stellen vor, wo das Sozialsystem unbezahlte Sorgearbeit unterstützt oder honoriert – etwa bei der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen. Damit würde die geplanten Reformen besonders Frauen treffen. Denn etwa drei Viertel der knapp fünf Millionen Menschen, die in Deutschland zu Hause gepflegt werden, werden von Frauen gepflegt. Und auch bei der Kinderbetreuung übernehmen Mütter in Deutschland nach wie vor den größten Anteil.

Hier erzählen fünf Frauen, warum sie wütend sind auf die Reformpläne und wie sich diese ganz persönlich auf ihr Leben auswirken könnten.

„Ich bekam sofort Existenzangst.“

Annemarie Richter, 40, alleinerziehende fünffache Mutter aus Chemnitz. Wütend wegen: Geplanter Kürzung des Unterhaltsvorschusses, er soll nur noch bis zum 16. Lebensjahr gezahlt werden

„Ich bin Mutter von fünf Kindern, seit zwölf Jahren alleinerziehend, und studiere Psychologie in Vollzeit. Nebenher arbeite ich zehn Stunden pro Woche als Arzthelferin in einer Praxis. Nach dem Bachelor möchte ich noch den Master machen, um in der psychologischen Forschung arbeiten zu können. Auf keinen Fall will ich mehr auf Geld von anderen angewiesen sein – so wie jetzt gerade.“

Mit fünf Kindern zwischen drei und siebzehn Jahren alles alleine zu organisieren, ist ein ständiger Spagat, aber über die Jahre bin ich gut darin geworden. Die Unterstützung der Väter ist dabei sehr unterschiedlich. Der Vater meiner drei ältesten Kinder wohnt zwei Stunden entfernt und sieht sie kaum, manchmal ein ganzes Jahr lang nicht. Für sie bekomme ich seit der Scheidung Unterhaltsvorschuss. Er zahlt nur einen kleinen Anteil, obwohl er meines Wissens gut verdient. Der Vater meines achtjährigen Sohnes zahlt vollen Unterhalt und übernimmt die Betreuung im 14-Tage-Rhythmus. Für meine jüngste Tochter erhalte ich den vollen Vorschuss, weil ihr Vater arbeitslos ist. Als ich hörte, dass der Unterhaltsvorschuss künftig nur noch bis zum 16. Geburtstag gezahlt werden soll, bekam ich sofort Existenzangst. Meine älteste Tochter wird nächstes Jahr 18, dann fällt der Vorschuss ohnehin weg. Meine nächste Tochter ist 15 und würde nach der geplanten Reform schon im kommenden Jahr ebenfalls nichts mehr bekommen. Was mache ich, wenn uns plötzlich 300 oder 400 Euro im Monat fehlen? Kinder ziehen mit 16 schließlich nicht aus und kosten plötzlich nichts mehr. Wahrscheinlich müsste ich wieder Wohngeld beantragen. Wir leben schon jetzt bescheiden. Ich fahre ein altes Auto, in das wir nicht mal alle reinklassen, plane jeden Urlaub lange im Voraus und rechne sofort aus, was et-

was kostet. Meine Kinder wissen, dass ich nicht einfach sagen kann: Sucht euch beim Einkaufen aus, was ihr wollt. Meine älteste Tochter fragt mich manchmal: Mama, warum sind wir so arm? Dann sage ich, dass wir unser Glück nicht in materiellen Dingen suchen und auf eine andere Art reich sind, weil wir einander haben. Trotzdem belastet es sie. Für mich ist es schlimm, ihnen kaum etwas unbeschwert ermöglichen zu können.

Dass ausgerechnet hier gespart werden soll, macht mich wütend. Alleinerziehende leben ohnehin häufig an der Armuts Grenze und schultern den Alltag größtenteils alleine. Wenn der Staat nur einen kleinen Teil des vorgeschossenen Unterhalts zurückholt, verstehe ich nicht, warum zuerst bei den Kindern gekürzt werden soll. Das Geld muss konsequenter bei den unterhaltspflichtigen Elternteilen eingefordert werden. Stattdessen landet die Verantwortung wieder bei den Müttern. Ich fühle mich einfach ohnmächtig.“

„Soll ich hoffen, dass meine Kinder vorher sterben?“

Sabine Veit, 38, aus Oppenheim im Rheinland. Sie pflegt ihre beiden an ME/CFS erkrankten Töchter, acht und zehn Jahre alt. Wütend wegen: Kürzung der Rentenpunkte für pflegende Angehörige

„Als meine zweite Tochter mit zwei Jahren in die Kita kam, hatte ich mich so gefreut, wieder arbeiten zu können. Ich bin Lerntherapeutin in einer Ergotherapie-Praxis hier bei uns in der Nähe. Doch nach neun Monaten war schon wieder Schluss wegen Corona. Wir ließen uns gleich impfen, doch etwa ein Jahr später, im Dezember 2022, hat es uns alle erwischt. Das zweite Mal hatten dann alle im November 2023 Corona. Diesmal waren die Kinder richtig krank und hatten lange Fieber. Eine Woche, nachdem wir wieder gesund waren, hat meine große Tochter Annabelle mich morgens in ihr Zimmer gerufen: Sie könne nicht aufstehen, ihre Beine täten so weh. Von da an ging es nur noch bergab. Irgendwann taten ihr auch die Knie und die Schultern weh, niemand konnte uns helfen. Im Januar saß sie schon im Rollstuhl. Die Krankheit hat Annabelle, die mit allem immer sehr früh dran und damals mit sieben schon in der dritten Klasse war, regelrecht ausgebremst. Erst im November 2024 bekamen wir in der Long-Covid-Sprechstunde an der Kinderklinik in Wesel die Diagnose ME/CFS, dort hatte sie dann auch ihren bislang größten Crash – so nennt man eine deutliche Verschlechterung der Beschwerden nach körperlicher, geistiger, oder emotionaler Belastung.“

Im Krankenwagen hat man sie schließlich nach Hause transportiert. Seitdem liegt Annabelle Tag und Nacht in ihrem abgedunkelten Kinderzimmer, inzwischen mit einer Schallschutztür, die sie vor den Alltagsgeräuschen schützt. Sie kann das Bett nicht verlassen, noch nicht einmal den Kopf heben oder essen. Wenn sie mich braucht, klingelt sie mit einer digitalen Klingel – sie ist zu schwach, um zu rufen. Sie hat Pflegegrad 5, ich kümmere mich rund um die Uhr um sie. Aus dem Haus komme ich nur einmal am Tag, wenn ich mit dem Hund Gassi gehe, das ist meine Auszeit.

Seit wenigen Wochen hat auch unsere zweite Tochter Mathilda ME/CFS. Bei ihr ging es nach einer Influenza im vergangenen Jahr los und wurde dann immer schlimmer. Sie ist inzwischen zu 98 Prozent bettlägerig und hat Pflegegrad 3. Nach den Sommerferien wird sie wohl nicht mehr die Schule besuchen können. Auch sie hat eine Klingel am Bett – ich zähle nicht mehr, wie oft am Tag ich die Treppe in den ersten Stock zu den Kinderzimmern nehme. Ich bin 38 Jahre alt, mein Leben ist ein Albtraum. Wenn die Kinder gute Tage haben, kann meine Mutter mich mal für maximal zwei Stunden ablösen, sonst gibt es niemanden. Mein Mann arbeitet als Projektmanager bei einem städtischen Unternehmen, er packt abends nach der Arbeit mit an. Er schläft bei Mathilda, ich bei Annabelle. Beide haben eine massive Einschlaf- und Durchschlafstörung.

Wenn kein Wunder passiert, werde ich meine Kinder bis zu meinem Lebensende pflegen. Gearbeitet habe ich nach einer Berufsausbildung und dem Sozialpädagogik-Studium nur drei Jahre, zuletzt in Teilzeit. Vor zwei Jahren habe ich meinen Beruf dann komplett aufgegeben, um Annabelle zu pflegen. Dass ich das übernehme, war klar, mein Mann verdiente damals deutlich mehr als ich. Sollten beide Kinder bis zu meinem Renteneintritt mit 67 noch leben, werde ich nach dem geltenden Modell 906 Euro Rente monatlich bekommen. Wird die Pflegereform wie geplant umgesetzt, wären es noch 205 Euro monatlich weniger, denn die Regierung will die Rentenbeiträge für pflegende Angehörige um 30 Prozent kürzen. Wie man auf diese Idee kommen kann, ist mir absolut schleierhaft. 205 Euro jeden Monat – das ist für uns viel Geld. Was soll ich tun? Hoffen, dass meine Kinder vorher sterben, damit ich wieder arbeiten kann und meine Rente aufbessere?“

„Unter dem Deckmantel der Gleichberechtigung wird uns etwas weggenommen.“

Sarafina H., 29, Mutter einer drei Monate alten Tochter, aus der Nähe von Tübingen.

Wütend wegen: Geplanter Reduzierung des Elterngeldes von 14 auf zwölf Monate, für Frauen von zwölf auf neun Monate.

„Als ich von der geplanten Elterngeldreform gehört habe, war mein erster Gedanke: Wie bitteschön soll das gehen? Väter sollen ja dann mindestens drei Monate in Elternzeit gehen, Frauen höchstens neun, statt wie bislang zwölf Monate. Das ärgert mich. Denn unter dem Deckmantel der Gleichberechtigung wird den Frauen etwas weggenommen. Und vermutlich werden meist sie es sein, die die entstehende Betreuungslücke füllen. Einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz hat man ja erst ab einem Jahr.“

Schon jetzt ist es schwierig, die Eingewöhnung innerhalb von 14 Monaten abgeschlossen zu haben. Unser Ziel ist es zwar, unsere Tochter mit einem Jahr in die Kita zu geben, aber ob das funktioniert, ist die andere Frage. Darüber machen mein Mann und ich uns viele Gedanken. Gerade kann ich mir das noch gar nicht vorstellen.

Nach der Reform müsste man das Kind ja dann noch früher weggeben, weil man insgesamt zusammen nur noch zwölf statt wie bisher 14 Monate Elterngeld bekommt. Nach einem Jahr muss die Eingewöhnung also vollständig abgeschlossen sein. Und wenn nicht? Und mit dem Stillen müssten Mütter dann auch früher aufhören.

Wir hätten gerne ein zweites Kind, fragen uns aber: Können wir uns das leisten? Die geplante Elterngeldreform bestärkt mich nicht gerade in unserem Wunsch nach einem zweiten Kind. Ich bin Motion Designerin und mein Mann ist Spielentwickler von Beruf. Vor der Geburt unserer Tochter haben wir in etwa gleich viel verdient. Doch für uns war klar, dass ich die zwölf Monate Elternzeit nehme und mein Mann zwei Monate, weil ich unsere Tochter das erste Jahr stillen möchte. Außerdem ist mein Mann in der Arbeit flexibler und kann so gut wie immer im Home-Office arbeiten. Dadurch haben wir mehr Zeit zusammen.

Wenn unsere Tochter ein Jahr alt ist, möchte ich wieder arbeiten, allerdings nur in Teilzeit, denn mein Büro ist etwa eine Stunde entfernt. Theoretisch könnte zwar auch mein Mann in Teilzeit arbeiten und ich Vollzeit, aber seine Firma zahlt Elternzeit Teilzeit-Gehalts bestehen. Dann bin ich wirklich abhängig von meinem Mann, er ist dann der Hauptverdiener – genau das, was ich eigentlich nicht will.“

„Es wird bei denen gespart, die sich nicht wehren können.“

Marion Linhuber, 60, alleinerziehende Mutter, pflegt ihre 30-jährige behinderte Tochter in der Nähe von Mühlldorf. Wütend wegen: Geplanten Kürzungen der Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung

„Wenn alles kommt wie geplant, muss ich meine Tochter wohl wieder ins Heim geben. Lea ist 30 Jahre alt und hat das Rett-Syndrom, eine sehr seltene genetische Erkrankung, die nur Frauen trifft. Die Motorik und die Sprache sind bei ihr stark eingeschränkt, sie hatte schon als Kleinkind Pflegegrad 4, inzwischen hat sie Pflegegrad 5.“

Solange Lea noch in der Schule war, ging es mit der Betreuung noch. Da war sie jeden Tag bis mittags in der Schule und bis 17 Uhr in der heilpädagogischen Tagesstätte. Ich war zwar alleinerziehend, seit Lea fünf ist, aber ich konnte trotzdem 25 Stunden die Woche als Quereinsteigerin in der Realschule oder an der VHS arbeiten. Ich habe dort Informatik unterrichtet.

Aber für junge Erwachsene mit mehrfacher Behinderung gibt es nur sehr wenige Plätze in Wohngemeinschaften. Und in einer Werkstatt kann Lea auch nicht arbeiten. Aber ich hatte zum Glück einen Platz in einer Tagesförderstätte für sie gefunden. Dafür musste sie zwar jeden Tag schon um 6 Uhr aufstehen, was ihr sehr schwerfiel. Die Fahrt dorthin mit dem Bus dauerte 45 Minuten. Aber erst mal war das für uns eine gute Lösung.

Doch dann kam Corona. Während der Pandemie wurde es ganz schlimm. Weil Lea auch Probleme mit den Atemwegen hat, war sie drei Winter daheim, von Anfang Oktober bis Ende April. Und wenn sie in der Tagesstätte war, waren die Betreuerenden oft alleine in der Gruppe. Eine Person war dann für bis zu acht schwerbehinderte Menschen zuständig. Da konnte natürlich niemand mit Lea spazieren gehen oder sie sonst wie mobilisieren. Aber das ist bei ihr sehr wichtig, denn sie kann noch gehen, braucht dabei aber viel Unterstützung. Nach acht Stunden kam sie oft heim, steif wie ein Brett. Was ja kein Wunder ist – wenn ich den ganzen Tag sitze, kann ich mich auch nicht mehr bewegen. Ich habe der Tagesstätte also gesagt: Wenn ihr an einem Tag einen Betreuungssengpass habt, sagt mir Bescheid, dann behalte ich Lea zu Hause. Plötzlich war sie auch im Frühling und im Sommer bis zu 23 Tage im Monat daheim. Und Besserung war nicht in Sicht.

Da habe ich gesagt: Es reicht. Seit Februar 2024 pflege ich sie wieder zu Hause,

gemeinsam mit drei Assistenzen, denn alleine kann ich das nicht. Es ist zum Beispiel sehr schwierig, Lea alleine ins Auto zu heben. Oder mit ihr spazieren zu gehen. Sie braucht außerdem wegen epileptischer Anfälle ständige Beaufsichtigung.

Derzeit bekommt Lea 40 Assistenz-Stunden pro Woche vom Bezirk bewilligt, das ist Teil der Eingliederungshilfe. Sie soll es Menschen mit Behinderung ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und Teil der Gesellschaft zu sein. Wenn die Assistenzen da sind, habe ich nicht frei, sondern arbeite, 15 Stunden die Woche. So habe ich später wenigstens eine kleine Rente. Oder ich mache die Lohnabrechnung für die Assistenzen. Wann ich das letzte Mal einen Tag oder gar ein Wochenende frei hatte, daran erinnere ich mich gar nicht mehr.

Doch genau diese Eingliederungshilfen sollen jetzt stark gekürzt werden. Das würde bedeuten, dass ich Lea nicht mehr zu Hause pflegen kann. Es wird bei denen gespart, die sich nicht wehren können. Das macht mich echt wütend. Wir pflegenden Angehörigen müssten eigentlich unbedingt Druck auf die Regierung aufbauen, aber das wird sehr, sehr schwierig, denn kaum einer, oder besser gesagt, eine von uns, denn die meisten von uns sind Frauen, hat den zeitlichen und mentalen Freiraum, geschweige denn die Kraft dazu.“

„Zum Glück gibt es die gute Fee.“

Elvira Fischer, 72, lebt in der Nähe von Fulda und hilft ihrer Schwägerin, die an den Spätfolgen von Kinderlähmung leidet. Wütend wegen: Drohender Streichung des monatlichen Entlastungsbetrags für Alltags- oder Haushaltshilfen aus der Pflegeversicherung.

„Mindestens zweimal am Tag bin ich oben bei der Schwester meines Mannes. Ich sage immer oben, weil ihr Haus etwas oberhalb von unserem liegt. Zum Glück wohnen wir so nah beieinander, sonst könnte meine Schwägerin vermutlich nicht mehr alleine wohnen. Ich kaufe für sie ein, hole Rezepte beim Arzt und helfe ihr bei vielem, was sie nicht mehr alleine kann. Wenn sie etwas braucht, ruft sie mich an.“

Sie ist 77 Jahre alt und leidet an den Spätfolgen von Kinderlähmung. Schon seit ihrem fünften Lebensjahr sitzt sie im Rollstuhl, hat heute Pflegegrad drei. Ihre Tochter und ich teilen uns die Pflege. Und zum Glück gibt es noch die gute Fee. So nennen wir die Frau Krieger, weil die Agentur, über die sie kommt, so heißt. Sie kommt zweimal im Monat und putzt oder hilft dort, wo meine Schwägerin es braucht. Ohne den Entlastungsbetrag von 131 Euro könnte sie sich so eine Hilfe nicht leisten. Meine Schwägerin hat Uhrmacherin gelernt und auch 30 Jahre gearbeitet, aber sie musste in Frührente gehen, ihre Rente ist sehr gering. Ohne die gute Fee müssten ihre Tochter und ich diese Arbeit auch noch übernehmen. Dass immer bei den Schwächsten gespart wird, das finde ich nicht in Ordnung.“

FOTO: IMAGO IMAGES; BEARBEITUNG: SZ